

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Sie beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von Mk. 1,50 pro Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Söln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellungsvermittlung und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 31.

Söln, den 2. August 1907.

VIII. Jahrgang.

Zur Einführung der Krankenunterstützung.

Der Wert guter Unterstützungsanstalten neben der tatkräftigen Vertretung der Interessen, soweit sie das Lohn- und Arbeitsverhältnis berühren, wird von den in der modernen Arbeiterbewegung stehenden Berufscollegen immer mehr erkannt. Von jeher war die Fürsorge für erkrankte Arbeiter ein Problem, mit dem sich die verschiedensten Faktoren befaßten. Die Unterstützung in Krankheitsfällen ist deshalb auch wohl die erste Art von organisierter Selbsthilfe gewesen. Nichts desto weniger blieb die Tatsache bestehen, daß selbst die ausgiebigste Ausnutzung des Krankenversicherungsgesetzes nicht in der Lage war, allen berechtigten Wünschen der erkrankten Arbeiter gerecht zu werden.

Damit ist auch gleichzeitig die Wichtigkeit des weiteren Ausbaues des Krankenunterstützungswezens gegeben. Zahlreiche Hilfskassen sind bestrebt, neben der Pflichtkrankenkaße den in ihnen Versicherten, höhere Einnahmen während der Krankheit zu sichern. In Krankheitsfällen ist die Tatsache vorhanden, daß an das Budget des Arbeiters größere Anforderungen gestellt werden, als in normalen Zeiten. Die Ausgaben für die regelmäßigen Bedürfnisse der Familie bleiben dieselben, während die Wartung und Pflege des Kranken größere Mittel erfordert. Es ist daher zu verstehen, wenn umfichtige Arbeiter darnach trachten, in den Tagen der Krankheit wenigstens das gleiche Einkommen zu haben, wie in gesunden Tagen. Dieses Streben ist ein durchaus gesundes und beweist, daß auch die Arbeiterschaft wirtschaftlich verfährt. Das Hilfskassenwesen bietet so ohne weiteres etwas gutes und war es zu verstehen, wenn auch in unserem Verbands schon vor Jahren Stimmen laut wurden, die eine diesbezügliche Einrichtung auch im Verbands wissen wollten. Die Einführung der Verbands-Krankengeldzuschüsse war die Folge. Daß dieselbe sich bewährt hat, beweist der momentane Bestand derselben.

Allein mit deren Einführung war auch nicht allen Kollegen gebient. Die schädliche Wirkung des Schwindelkrankenkaßenwesens war damit wohl für die Verbandsmitglieder beseitigt, nicht aber die einschränkenden Wirkungen der gesetzlichen Bestimmungen, die für eine auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebauten Hilfskassen in Betracht kommen. Noch blieben Kollegen, denen die Möglichkeit genommen war, neben der Unterstützung aus ihrer Pflichtkassen einen Zuschuß aus anderweitigen Einrichtungen zu erhalten. Diesen zu helfen mußte Aufgabe des Verbandes sein.

Zunächst den Schlechtbezahlten. Durch ihr geringes Einkommen ist es dieser Kollegenchaft unmöglich gemacht, einer realen Hilfskasse beizutreten. So schon die Entbehrung zu Gaste habend, verfallen diese Kollegen in Zeiten der Krankheit dem dauernden Elend. Schulden werden gemacht, die Pflege vernachlässigt und so dem materiellen und physischen Rückgang Vorschub geleistet. Hier ist nur Wandel zu schaffen, indem mit der Hebung der Lebenshaltung durch die Wirksamkeit der Gewerkschaft gleichzeitig auch die Fürsorge in den Tagen der größeren Not eintritt. Dann aber sind es auch jene Kollegen, die wegen ihres Alters oder eines Gebrechens von der Aufnahme in eine Hilfskasse ausgeschlossen sind, denen der Verband die Hilfe in Krankheitslagen nicht verweigern konnte. Das Solidaritätsgefühl der gesamten im Verbands organisierten Kollegen mußte hier zum Ausdruck kommen. Auch jene, denen der Eintritt in eine Hilfskasse erschwert ist, sorgen so im Verbands für jene mit, denen die Schaffung jener Vorteile unmöglich gemacht wurde.

Ohne Zweifel wird durch die Einführung der Krankenunterstützung im Verbands das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegen neu belebt. Die Organisation dürfte merklich gefestigt werden. Ist doch die Neueinrichtung ein Mittel, um der im Verbands herrschenden Fluktuation wirksam vorzubeugen.

Nachdem am 1. August d. J. die Krankenunterstützung des Verbandes in Kraft getreten, seien nachfolgend die gültigen statutarischen Bestimmungen hierfür wiedergegeben.

In Krankheitsfällen, welche die Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, wird innerhalb 12 Monate vom ersten Unterstützungstage an gerechnet auf die Dauer von 14 Wochen eine Unterstützung gewährt bei einer Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung von 52 Wochen Mk. 3.— pro Woche, Höchstbetrag Mk. 42

104	"	"	3,50	"	"	"	49
156	"	"	4,—	"	"	"	56
208	"	"	4,50	"	"	"	63
260	"	"	5,—	"	"	"	70
312	"	"	5,50	"	"	"	77
364	"	"	6,—	"	"	"	84

Sofort bei Beginn der Krankheit ist dieselbe der Ortsverwaltung, bei Einzelmitgliedern dem Zentralvorstand zu melden. Die Auszahlung der Unterstützung geschieht am Schlusse einer jeden Woche und nur gegen Vorzeigung einer Bescheinigung von einem Arzte oder von einer Krankenkassenbehörde (Krankenschein).

Die Krankenunterstützung beginnt mit dem 8. Tage der Krankheit herbeigeführten Erwerbsunfähigkeit vom Tage der Meldung an gerechnet. Jedoch fällt die Wartzeit von 7 Tagen fort, bei wiederholten Erkrankungen, die innerhalb der Zeit der

Bezugsberechtigung nicht länger wie drei Wochen auseinanderliegen und wenn die vorhergehenden Krankheiten insgesamt von länger wie 14-tägiger Dauer waren.

Hat ein Mitglied innerhalb 12 Monate den Höchstbetrag einer vom Verband geleisteten Unterstützung oder aller Unterstützungsleistungen zusammen gerechnet bezogen, so kann vom letzten Tage der Unterstützung an gerechnet eine weitere Unterstützung in den nächsten 12 Monaten nicht mehr erhoben werden. Erst nach dieser Frist und wenn wieder 52 Wochenbeiträge entrichtet sind, kann wieder die Unterstützung gewährt werden.

Während der Unterstützungszeit bei Krankheit und Arbeitslosigkeit haben die Ortsverwaltungen für eine gewissenhafte Kontrolle zu sorgen. Dem Zentralvorstand steht das Recht zu, entsprechende Anweisungen zu erteilen.

Soll die neue Unterstützungsanstalt ihren Zweck erfüllen, so müssen Mitglieder und Ortsverwaltungen derselben die gebührende Aufmerksamkeit schenken und ihre Bedeutung erkennen. Schon heute zeigt es sich, welchen Wert eine derartige Unterstützungsanstalt für eine Gewerkschaft hat. Im Hirsch-Dunferichen Gewerksverein der Tischler geht man aus diesem Grunde auch bereits mit dem Plane der Einführung um. Es läßt sich nicht verkennen, daß ihre Einführung für die Kollegenchaft eine wirksame Behülfe in den Krankheitslagen, für den Verband aber ein nicht zu unterschätzendes Werbemittel ist. Gleichzeitig aber ist sie ein Mittel, die Solidarität der Kollegen zu festigen und den Verbandsfunktionären die Arbeit zu erleichtern. Darf doch angenommen werden, daß jedes Mitglied bestrebt sein wird, mit seiner Beitragsleistung stets auf dem Laufenden zu sein, um sich allen eventuell eintretenden Schwierigkeiten zu entziehen.

So tritt denn der neue Unterstützungsgegenstand in Kraft als ein Beweis dafür, daß die im Zentralverbande christl. Holzarbeiter organisierten Kollegen, die Aufgaben ihrer Organisation richtig erfasst haben und gewillt sind, sie nach jeder Seite hin als eine müßergiltige Berufsvereinigung der holzindustriellen Arbeiter gewertet zu wissen.

Zunft und Gewerkschaft.

II

Bei der wirtschaftlichen Standeshhebung treten uns die Zünfte weniger als Vertretungsorganisationen menschlicher Arbeit entgegen. Hier sind sie weit mehr Vereinigungen von privilegierten Warenverkäufern. Allerdings ist es vorwiegend seine Handarbeit, was der Meister in der Ware an den Kunden liefert, da die anderen Produktionsmittel im mittelalterlichen Handwerk der Arbeit gegenüber von verschwindend geringem Wert waren. Aber die Zunftpolitik ist immerhin diejenige von Besitzern sämtlicher Produktionsmittel und Verkäufern fertiger Waren, nicht diejenige von nur ihre Arbeitskraft verleihenden Proletariern. Hierin liegt der hauptsächlichste Unterschied zwischen Zunft und Gewerkschaft. Weil im Mittelalter Kapital und Arbeit nicht getrennt waren, erstere vielmehr kaum vorhanden und letztere eben an den selbständigen Handwerksbetrieb gebunden war, erfüllten die Zünfte im wirtschaftlichen Leben gleichzeitig die Aufgaben des modernen Unternehmers und des Arbeiters unserer Zeit. Der Arbeit und dem Handwerksprivilegierten eine gesicherte Existenz schaffen, hieß eben eine systematische Produktions- und Preispolitik betreiben. Nicht zum wenigsten der Gedanke der Konkurrenzregelung als Vorbedingung einer solchen Preispolitik ist denn auch Entstehungsurache der Form von mittelalterlicher Handwerksorganisation gewesen, welche wir Zunft nennen. Fremde Konkurrenz fernzuhalten schien einziges Mittel zur Sicherung der einheimischen Handwerksexistenz. Alles Uebrige, was die Zünfte im Laufe ihrer Entwicklung getan haben, ist im Grunde genommen nur natürliche Konsequenz dieser Bemühung. Vom Ausschluß des außerzünftigen Konkurrenten zum engsten Abbruch gegen alle neuzuziehenden war nur ein Schritt. Daß sich die Absperrungsmaßnahmen auch nicht nur auf die Produktion beschränken konnten, sondern gleichzeitig den Handel treffen mußten, und zwar vor allem den Zwischenhandel ist selbstverständlich. Zölle, Wegegelder, direkte Ausübungsverbote, all das waren einzelne Maßnahmen in gekennzeichnete Richtung. Je nach dem politischen Einfluß der Zunft in der örtlichen Verwaltung waren sie mehr oder weniger wirksam. Wer sich aber derart nach außen abschließt, ist gewöhnlich auch im Innern ängstlich bemüht, daß sich nirgends eine wirtschaftliche Nebenmacht bilde.

Die Zunft schloß sich denn auch folgerichtig nicht nur gegen den Wettbewerb anderer Städte ab, sondern legte die freie Konkurrenz auch innerhalb des einheimischen Handwerks völlig lahm. Vorschriften über Lehrlings- und Gesellenzahl, Arbeitszeit und sonstige Bedingungen der Produktion, Produktionsmenge und Art der Warenerzeugung, strenges Verbot des Handelstreibens durch die Handwerker, all das deutet uns die wettbewerbslähmende Zunftpolitik an. Sowohl der Abschluß nach außen als die Konkurrenzbindung im Innern sind jedoch ganz systematische Aktionen in der Richtung der Ziele zünftiger Politik. Sie gehörten nicht, wie oft irrümlich gesagt wird, der Zeit des Zunftverfalls an, bedeuten vielmehr die höchste Mächtenhaltung der mittelalterlichen Handwerker-

organisationen. Gerade von diesen Maßnahmen wird nur häufig leichtfertig erklärt, sie seien reaktionär gewesen. Wenn man darunter versteht, daß sie den Handwerkerstand selbst niederhalten sollten, daß sie bewusster Fortschrittsfeindlichkeit entsprangen, so ist diese Auffassung grundfalsch. Die Zünfte wollten so gut den durch sie vertretenen Stand nicht nur in seiner Existenz sichern, sondern wenn möglich, auch auf ein höheres Niveau heben wie dies heute jede wirtschaftliche Standesverbindung für die ihrigen anstrebt.

Reaktionär gedacht waren also die Aktionen nicht, wohl aber mußten sie reaktionär auf die Gesamtentwicklung und rückwirkend auch den Handwerkerstand drücken und das lag eben daran, daß sich trotz aller Zunftbestrebungen auf Unterdrückung der Bildung großer Kapitalien die Kapitalansammlung vor den Mauern der zünftischen Stadt vollzog. Dieses Kapital trat dann von außen her konkurrierend an das Handwerk heran, warb sich preisdrückende Heimarbeiter, durchbrach durch Schmuggel die Zollschranken, vereinte so Handel und Produktion im sog. Verlagsystem und machte es bald die neuen Handelswege und technischen Erfindungen zu nutzbar. Die Zunft konnte nur sehr wenig dagegen tun, daß sich trotz ihrer altährwürdigen Privilegien vor ihren Augen Handel und Produktion verbanden und die kapitalistischen Unternehmung mit ihrer Lohnarbeit in freier Konkurrenz den handwerklichen Wohlstand und die zünftische Selbständigkeit untergrub.

So sind heute im wesentlichen Kapital und Arbeit voneinander getrennt, damit haben sich die Funktionen der einstigen Zunft soweit sie überhaupt noch angeübt werden, ebenfalls geteilt. Daß die Gewerkschaften ihr sozialerzieherisches Erbe angetreten haben, betrachten wir bereits. Die Aufgaben der Organisationen von Besitzern aller Produktionsmittel und von Warenverkäufern übernehmen aber in immer mehr wachsendem Maße unsere Industriekartelle. Ihnen sollten und könnten in vielen Dingen die Handwerkerinnungen nacheifern, indem sie sich auch die Form der modernen Unternehmerrorganisation geben und statt vieler überflüssiger und nicht mehr zeitgemäßer Aufgaben eine durchgreifende Preispolitik beginnen würden. Der Arbeiter wirtschaftliche Bestrebungen haben aber einen ganz ungewöhnlich proletarischen Charakter erhalten. Als Verleiher von Arbeitskraft organisiert sich der Lohnarbeiter und seine Forderungen auf höhere Bezahlung und bessere Behandlung seines lebendigen Kapitals, der Arbeitskraft, richten sich an die Adresse des Geldkapitalisten, des Arbeitgebers und Unternehmers. Der wirtschaftliche Kampf unserer Zeit ist eben in der Trennung von Kapital und Arbeit begründet. Seine Forderungen sind verschieden je nach dem Maße des Entgegenkommens, an das sich beide Parteien schon gewöhnt haben. Aber ob er mit den groben Waffen des Streiks und der Aussperrung oder mit den verfeinerten Verteidigungsmitteln diplomatischer Verhandlungen gleich starker Organisationen geführt wird, vorhanden ist er stets. Immer behaupten die Lohnarbeiter ihre Rechte als Besitzer menschlicher Arbeitskraft den Kapitalisten gegenüber und immer schützen diese ihre Kapitalmacht vor Entwertung durch zu hohe Arbeiteransprüche und dadurch herbeigeführte Verteuerung der Produktion.

Die Interessentrennung von Kapital und Arbeit schließt aber ein gelegentliches oder auch dauernd systematisches Zusammenwirken auf gewerbepolitischen Gebiete durchaus nicht aus. Es gibt zahlreiche Fragen des beruflichen Lebens, an deren befriedigender Lösung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich interessiert sind, d. h. jede Partei im Hinblick auf ihre speziellen Ziele und Anforderungen. So strebt z. B. die Lohnarbeiterchaft nach möglichst hohem Lohn, das Kapital nach niedrigen Produktionskosten, beide finden sich aber im Wünsche nach Prosperität des Gewerbes. Obwohl in der Lohnfrage geschieden, können so Unternehmer und Arbeiter Hand in Hand für berufsförderliche Zollsätze, Verkehrsvereinfachungen und nicht zum wenigsten für gesteigerte und geregelte Warenpreise eintreten. Die Preisbildung ist und bleibt wohl Sache der Warenverkäufer, jedoch die daran mütterlichen Arbeiter können ihr ebenfalls tatkräftige Aufmerksamkeit zuwenden, wie wir es in jenen Tarifgemeinschaften finden, wo sich organisierte Gehilfen verpflichten, nur bei Unternehmern in Arbeit zu treten, welche die Preisconvention einhalten. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung für den Mindestpreis der menschlichen Arbeit in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen, jedoch das beiderseitige Wohl erfordert eine gewisse kalkulationsmäßige und Maßnahmen, welche die Schleuderkonkurrenz fernhalten, kurz Einrichtungen, die eine regelmäßige, gesunde Gewerbeentwicklung garantieren. Daher ist auch der Unternehmer an der Lohnnormierung und Bekämpfung des Lohndrucks interessiert und in vielen Korporationsverträgen billigen fortschrittliche Arbeitgeber gerne erhöhte und vereinheitlichte Lohnsätze den Gewerkschaften in der Erkenntnis zu, daß sie damit den Grund zu einer paritätischen Bekämpfung unsozialen Wettbewerbs gelegt haben. Trotz dieser Interessensübereinstimmung, die durch manche weitere Beispiele beleuchtet werden könnten, bleiben aber Kapital und Arbeit getrennt und getrennt von einander bleiben auch stets die beiderseitigen

Organisationsgruppen und spezifischen Standesziele. Wir können uns eine Entwicklung vorstellen, wo Gewerkschaften und Unternehmerartelle resp. Innungen der Öffentlichkeit gegenüber ein so gefestigtes Ganze in ihrer Preis- und Lohnpolitik darstellen werden wie seiner Zeit die sozial einheitliche Zunft. Niemals jedoch können wir uns denken, daß damit die inneren Gegensätze beseitigt sein werden, welche die natürliche Konsequenz des Bestehens von zwei Ständen innerhalb des Gewerbes sind. Einig im Bestreben, die Ertragsfähigkeit eines Produktionszweiges zu steigern, werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die soziale Verteilung des gesteigerten Ertrags stets miteinander ringen. Auch in Bezug auf die Betriebsrichtungen werden Kapitalprofit und Arbeiteransprüche nicht immer über Gleiches fordern. Während der Unternehmer nur auf seinen geschäftlichen Vorteil sehen und solche Einrichtungen treffen muß, die ihm dienlich sind, vertritt die Gewerkschaft die Lebensinteressen der lebendigen Arbeitskraft. Daraus resultieren zahlreiche Forderungen, die sanitären Zustände, das geistige und sittliche Wohl der Arbeiter und die Wahrung ihrer Menschenwürde betreffend. Somit werden wir in gewisser Richtung, solange wir eine kapitalistische Produktion haben, auch den Gegensatz in Permanenz zwischen Kapital und Arbeit haben. Das wir ihn haben, das mag viele Ruhestörungen verursachen und zu Kämpfen führen, welche die Zunftzeit in dieser Schärfe kaum gekannt hat.

Sozialistische Utopisten und mittelalterliche Schwärmer übersehen hierbei aber nur zu leicht, wie weit derartigen Zusammenstößen durch gute, geschulte Organisationsfähigkeit auf beiden Seiten vorgebeugt werden kann und sie verkennen vor allem den hohen gewerkepolitischen und allgemein volkswirtschaftlichen Wert der Trennung von Kapital und Arbeit. Worin mag dieser gewerkepolitische und volkswirtschaftliche Wert der Trennung von Kapital und Arbeit wohl bestehen? Zunächst ist die heutige Produktion mit all ihren Komplikationen auf sozial einfacher Grundlage gar nicht mehr denkbar. Unmöglich können wir uns das befruchtende Großkapital aus der Volkswirtschaft wegantastieren, ebensowenig vermögen wir uns aber vorzustellen, daß statt kapitalistisch angewandter Lohnarbeiter lauter kleine Kapitalisten genossenschaftlich in einem Großbetriebe zusammenarbeiten. Mit Grund erinnern wir uns der vielen nicht zum wenigsten an Disziplinmangel zu Grunde gegangenen Produktionsgenossenschaften, wo jeder Arbeiter gleichmäßig Unternehmer sein wollte und jeder Geldgeber und Mitunternehmer gleichzeitig Arbeiter sein mußte. Die klare Auseinanderhaltung von Kapital und Arbeiter hat aber abgesehen von ihrer volkswirtschaftlichen und produktionsrechtlichen Notwendigkeit auch den Vorzug, daß durch sie jede Interessengruppe all ihre Kräfte auf ihre Arbeitssphäre konzentriert. Der gleichzeitige Mißbeherrschung eines Unternehmens ist, wird dort kaum so energisch auf Reformen zu Gunsten der Arbeiter drängen, wenigstens er selbst mitarbeitet, als derjenige, welcher als Lohnarbeiter dort tätig ist. Auf der andern Seite kann ein mitarbeitender Unternehmer mit dem besten Willen kein genügender Finanzmann und routinierter kaufmännischer sowie technischer Leiter sein. Wäre Kapital und Arbeit vereint, so läge die Gefahr bedeutend nahe, daß sich weder die Arbeit rückwärts noch das Kapital in höherer Unabhängigkeit entwickeln würde. Die Arbeitsteilung zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern hat also unzahlbare Vorteile, während sich ihre Nachteile organisieren überwinden lassen. Durch das Bestehen von zwei sich stets kontrollierenden Mächten innerhalb eines Gewerbes ist aber auch ein heiliges Korrelativ gegen Einseitigkeiten und Berlinörungen auf beiden Seiten gegeben. Was dem zünftigen Handwerk passierte, nämlich die Verfolgung einer einseitig, der menschlichen Arbeit dienenden, aber die kapitalistische Produktionsweise hemmende Politik, das wird unsere kapitalistische Produktion bewahrt bleiben. Selbst wenn es Lohnarbeitern einfiel, gegen Betriebsbedingungen, Steigerung der Arbeiterzahl, Anwendung von technischen Neuerungen Front zu machen, so würde sich ihr Widerstand an dem Lebensinteresse des Kapitals brechen, denn das Kapital lebt von ununterbrochenen Fortschritt. Wenn nun aber der Kapitalismus eine arbeitervermehrende Handlung treibt, wie dies ja zuweilen schon geschah? Dann liegt das Gegengewicht gegen diese Einseitigkeit in der organisierten Arbeit, deren Lebensinteressen gebietet, eine derartige Politik zu scheitern zu lassen. Wir wollen nicht behaupten, daß durch das Bestehen der beiden sozialen Mächte man sich jede ungesunde Einseitigkeit vermeiden werden konnte, eine ganz glatte Entwicklung würde wohl nie geben, wir haben aber jetzt davon, daß die heutige Produktionsorganisation vor der Betriebsamalgamierung, der die Zunft zum Opfer fiel, einen wirksamen Schutz in Gegengewicht von Kapital und Arbeit finden kann. Die Zunft ging unter — es leben die Organisationen der neuen Zeit!



Ausperrung der Holzindustrie im Schwarzwald.

Was haben die Arbeitgeber erreicht? Fragen wir uns lieber jetzt: „Was wollten sie erreichen?“ Darüber dürfte nachträglich unter normalen Umständen kein Zweifel mehr sein. Der Arbeitgeberverband war von seiner Gründung an in die Schranken des Schwarzwalder Kampfes von Anfang an getreten. Ob es einträglich war, die Lohn- und Arbeitsbedingungen „durch friedliche Verhandlungen zu bessern“, wie es das Programm des neuen Verbandes vorsah, das wollen wir als eine offene Frage belassen. Ganz und gar so genau, daß wir es auch an der richtigen Stelle soll und ganz beweisen können, wissen wir es nicht, weil wir nicht in die Menschen hineinkönnen. Was auch diese rein materielle Frage bei den letzten Unternehmern eine große, vielleicht die größte Rolle spielte, eine für uns weit wichtiger Frage gibt uns der Verlauf des Kampfes.

Und das wissen wir jetzt gewiß: Die Unternehmer fürchten sich vor dem erwachenden Standesbewußtsein der Schwarzwalder-Arbeiterschaft, sie fürchten, ihre bisherige Alleinherrschaft könne durch die Gleichberechtigungsansprüche der Arbeiter ins Wanken geraten. Wie war es auch gar so schön, einseitig, ohne daß der Arbeiter auch nur mit der Wimper zuden durfte, alles befehlen und festsetzen zu können! Und jetzt soll es die „Unbotmäßigkeit“ der Arbeiter sogar so weit bringen, daß auch sie ein Wort mitsprechen wollen, so weit ihre persönlichen Rechte im Arbeitsverhältnis in Betracht kommen. Schauderhaft! Kein Wunder, daß die Arbeitgeber in den Krieg zogen gegen die drohende Gefahr. Voller fühner Hoffnungen wurde der Kampf gegen die Arbeiter begonnen. Durch einen Revers sollten sie unterschrittlich bekennen, daß sie in Zukunft knechtlich alles tun wollen, was der Profit der Arbeitgeber notwendig macht. Vor allem sollten sie der Organisation, dem äußerlichen Wahrzeichen des aufstrebenden, nach Gerechtigkeit im Wirtschafts- und öffentlichen Leben ringenden Arbeiterstandes, entsagen. Der Revers wurde zurückgewiesen. Das war der erste Streich, doch der zweite folgte sogleich. Der Plan der Arbeitgeber hatte das erste große Loch. Also so leicht ließen sich die Arbeiter doch nicht klein kriegen. Nun, die Ausperrung wird es schon fertig bringen. Aber jetzt begann so mancher Fabrikant über den zu erwartenden Profitverlust nachzudenken. Und gleich den tapferen sieben Schwaben sagte einer zum anderen: „Jofele gang Du vorn, Du hochst jo Sport und Stiefel a“. So gingen einige voran und die andern — taten nicht mit. Damit war auch den Scharfmachern eine bedeutende Lehre gegeben, nämlich die, daß auch im wirtschaftlichen Interessentumpe notwendige Voraussetzungen erfüllt sein müssen, daß es auch hier sogenannte Imponderabilien gibt. Vor allem waren die hiesigen Arbeitgeber in solchen Kämpfen noch zu wenig erfahren und diszipliniert, um einen Erfolg zu erzielen. Wenn man bedenkt, daß der Arbeitgeberverband die Niederbringung der Organisation wollte und daß ohne die gewünschte Unterschrift die Ausperrung aufgehoben werden mußte, dann bedeutet das für die Ausgesperrten einen nicht zu unterschätzenden moralischen Erfolg.

Das eine steht fest: Die Arbeitgeber haben erkannt, daß sie in Zukunft mit der Organisation und zwar besonders mit der christlichen rechnen müssen. Es ist jetzt die Grundlage für die zukünftigen Kämpfe gelegt, denn die Anerkennung der Gewerkschaften ist durch die praktischen Lehren dieser Ausperrung nur noch eine Frage der Zeit. Auch auf dem Schwarzwalde werden die Arbeitgeber zu Verhandlungen von Organisation zu Organisation kommen. Dieser Erfolg der Ausperrung ist gewiß nicht zu unterschätzen. Ein noch besserer Erfolg allerdings hätte auch nach der materiellen Seite hin erreicht werden können, wenn nicht die notorische Geldverlegenheit der beiden sozialdemokr. Verbände diese veranlaßt hätte, eine so schwächliche und klägliche Haltung einzunehmen und besonders den arbeiterschädlichen Passus zu unterschreiben, der die Maßregelungen festlegte. Hoffentlich hat auch dieses Treiben der Sozialdemokraten zur Folge, daß die Arbeiter hieraus die Nutzenanwendung ziehen. Und damit kommen wir zu den Lehren des Kampfes.

Ein großer Fehler war es bisher, daß viele Schwarzwaldbauer glaubten, derjenige sei ihr bester Freund, der am lautesten schimpfte, schreie und vor allem — große Forderungen stelle. Davon dürfte jetzt jeder Deutsche geheilt sein. In Schweningen wurde von den Holen trotz aller großen Worten ein Schandvertrag abgeschlossen, während die Christlichen in der vergangenen Zeit in stiller Arbeit Tarifverträge von einschneidender Bedeutung zu Stande brachten. In Fallau wurde z. B. seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes noch gar nicht lange die Arbeitszeit um mehr als eine Stunde verkürzt und der Lohn bedeutend erhöht. Und das ohne Geschrei und sozialdemokratischem Ringel-Langel. Daraus folgt, daß noch viel mehr Kollegen der großen Anzahl folgen müssen, die in den letzten Wochen von den sog. „Freien“ zu uns übergetreten sind. Aber auch die eine Lehre mögen die Schwarzwalder Kollegen aus dem Kampfe ziehen, daß nur durch ausdauernde, zähe Kleinarbeit Erfolge erzielt werden können. Wie man an anderen Orten oft jahre-, ja jahrzehnelang hat kämpfen und arbeiten müssen, um endlich zu großen Erfolgen zu gelangen, so mögen sich besonders auch die Neuzugewandten und noch Fernstehenden gesagt sein lassen, daß Opferwilligkeit und Schularbeit die ersten Grundbedingungen sind, um gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen. Noch vor zwei und drei Jahren hat man wenig von der Organisation geredet. Ist es nicht ein riesiger Fortschritt, und ein Zeichen des wachsenden Einflusses, wenn unsere Bewegung heute das Tagesgespräch an dem Schwarzwalde ist? Daran sei nach diesem ersten Anfangskampfe — denn weitere bleiben nicht aus — unsere Lösung: Wir stehen jetzt zu der Organisation, die unsere Interessen energisch wahrnimmt, wir halten fest an der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

„Einheit“ zwischen Partei und Gewerkschaften.

Die Differenzen, die bereits seit Jahren zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in der Frage der äußeren Gestaltung der Mäifeier hervorgetreten sind, sollen nunmehr auch auf dem im September in Offen a. R. abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitag zum Austrag gebracht werden. Die diesjährigen Verhandlungen werden um so bedeutungsvoller sein, als dem Offener Kongress hier nachträglich der Stuttgarter internationale Sozialistenkongress nach hier wird die Mäifeierfrage zum Gegenstand der Aussprache gemacht werden, und zwar vornehmlich in dem Sinne, daß die Pflicht zur Arbeitsruhe am 1. Mai international festgesetzt werden soll.

Seitens der freien Gewerkschaften ist ihre Gegnerschaft gegen die Mäifeier in Form der Arbeitsruhe besonders auf dem letzten Söller Gewerkschaftskongress i. J. 1905 deutlich geworden. Der Referent Robert Schmidt sprach sich damals in langer Rede gegen die Arbeitsruhe aus. Wenn die Gewerkschaften davon abließen, in einer besonderen Resolution ihren Standpunkt festzusetzen, so war darin hauptsächlich eine Gefälligkeit gegenüber der Partei zu erblicken. Eifrig war Stillenarbeit getrieben worden! Im Hinblick darauf, daß auf dem bevorstehenden Stuttgarter Kongress die Mäifeierfrage einer gründlichen Besprechung unterzogen werden sollte, wollten die Gewerkschaften der Partei durch Festlegung auf eine Resolution keine Schwierigkeiten bereiten. Jedoch ließen die Verhandlungen deutlich erkennen, daß das Groß der Gewerkschaften auf dem Standpunkt des Referenten Schmidt, also auf einem die völlige Arbeitsruhe ablehnenden Standpunkt sich befand, und die Schärfe der Aussprache bewies, daß die Gewerkschaften durch die Mäifeierfrage in ihren Interessen tief berührt wurden.

Wie ernsthaft es die verantwortungsvollen Führer der „freien“ Gewerkschaften mit der Mäifeier nehmen, beweist eine vom Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes veröffentlichte Broschüre, die auf Grund der Berichte der Parteitage, der internationalen Kongresse, der Generalversammlungen des Metallarbeiterverbandes und des Söller Gewerkschaftskongresses Tatsachen zur Beurteilung der Mäifeierfrage zusammenstellt. Man erfährt hier, daß im Gegensatz zu der landläufigen sozialdemokratischen Agitation für absolute Arbeitsruhe, der Urheber der Mäifeier, der Pariser internationale Sozialistenkongress vom Jahre 1889 die Mäifeier wesentlich als Kundgebung für den Achtstundentag ansah, und daß trotz einer achtzehnmaligen Wiederkehr des Weltfeiertages, zu dem die Mäifeier nach dem Willen ihrer großsprecherischen Akteure sich auswachsen sollte, heute die Zahl der wirklich Feiernden „kaum ein Prozent der arbeitenden Bevölkerung überhaupt ausmacht“.

Was im übrigen die alljährlichen Feststellungen der sozialdem. Presse über wachsende Beteiligung an der Mäifeier anbetrifft, so verrät die Broschüre des Metallarbeiterverbandes, daß sie zunächst nichts weiteres sind als „Stimmungsblätter, die nach dem Erfahrungsgrundsatz: „Was man will, glaubt man gern“, von Jahr zu Jahr feststellen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai zugenommen habe“. Angesichts all dieser Momente, speziell aber der Kosten, die den Gewerkschaften aus den infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai von den Unternehmern vorgenommenen Ausperrungen erwachsen, hält der Metallarbeiterverband es für das Beste, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei von einer Mäifeier in Gestalt der Arbeitsruhe ein für alle mal absehe. Der Kern seiner Ausführungen gipfelt in folgenden Sätzen:

Die Geschichte der Mäifeier in Deutschland zeigt sich hier als eine Lehrmeisterin, deren Lehren man nicht verachten darf. Wir erleben aus ihr, daß während der Zeit der schlechtesten Geschäftskonjunktur die Durchführung der Arbeitsruhe unmöglich war; wir erleben aber auch, daß durch die Hebung der Geschäftslage keine Aenderung hierin eingetreten ist, und daß es auch während der günstigsten Geschäftskonjunktur nicht möglich war, diese durchzuführen. — Wenn jetzt unter Hinweis auf die bevorstehende Krisis verlangt wird, daß man anstatt dessen derselben von der Arbeitsruhe Abstand nehmen soll, und eine günstigere Zeit erwartet werden muß, so ist dies eine Selbsttäuschung, der man sich hingibt. Eine günstigere Geschäftslage dürfte so bald nicht wiederkommen, als sie vorhanden war und zum Teil noch ist. Wenn es während dieser Zeit nicht möglich war, die Arbeitsruhe durchzuführen, dann wird dies auch in Zukunft nicht der Fall sein. Der ehrlichste Weg ist also der, wenn man vorschlägt: da wir gelernt haben, daß eine allgemeine Durchführung der Arbeitsruhe nicht möglich ist, und die dafür gebrachten Opfer zwecklos sind, nehmen wir von der Arbeitsruhe Abstand und feiern den 1. Mai durch Abendversammlungen und sonstige Veranstaltungen.

Daß dieses Votum eines gewerkschaftlichen Zentralverbandes, der heute über 350000 Mitglieder zählen dürfte, den Anhängern der absoluten Arbeitsruhe am 1. Mai sehr wider den Strich geht, kann man ohne weiteres verstehen. Denn diese machtvolle Opposition aus den eigenen Reihen gegen eine Veranstaltung, die unter einem großen Phrasenaufwand in Szene gesetzt, der Welt die Macht des internationalen Proletariats in großem System vor Augen führen sollte, ist gewiß nicht geeignet, die innere Geschlossenheit der Partei darzutun. Zudem ist für eine Partei, die vorwärts oder gar eine Welt erobern will, nichts gefährlicher als ein Rückschlag, der ihre innere Schmach und Schwäche verrät. Und ein solcher Rückschlag ist ohne Zweifel die Opposition des Groß der sozialdem. Gewerkschaften gegen den Arbeitsruhestandpunkt der Partei in der Mäifeierfrage, die bei endgültiger Stellungnahme schwer ins Gewicht fallen muß.

Daher erscheint es ziemlich selbstverständlich, daß der kapitalistische Mächter in der sozialdem. „Leipziger Volksztg.“ (Nr. 163), die den „historischen“ Beruf in sich trägt, über die Unversehrtheit der reinen sozialdem. Glaubenslehre zu wachen, gegen die Schritte des Metallarbeiterverbandes scharf macht. Mit den Gründen des Vorstandes dieser Gewerkschaft gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai wird nach dem Leipziger sozialdem. Blatt natürlich nichts bewiesen. Unter solchen Umständen auf die Mäifeier zu verzichten, meint es, wäre ebenso falsch, als wenn ein Heer einen mühsam eroberten Boden unter dem Hohnlächeln der Feinde preisgeben wollte, um einige Erparnisse in der Kriegskasse zu machen. Dann wird wieder der übliche Gegensatz zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Beamten konstruiert, indem es weiter heißt:

Wenn er (d. h. der Vorstand des Metallarbeiterverbandes D. Red.) keine besseren Gründe für den Verzicht auf die Arbeitsruhe am 1. Mai geltend machen kann, als in der hier besprochenen Schrift, so entpuppt sich die Opposition gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai in der Tat nur als ein Produkt jener Trennung- und Verfeindungsstrebungen, die nicht in der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, aber in einzelnen Spitzen der gewerkschaftlichen Organisation bestehen, die Fortschritt sehr eifrig sind und also die Personen nicht belasten, aber für die deutsche Arbeiterbewegung als solche gefährlich werden können. Alle Zeichen der Zeit deuten darauf hin, daß die Bande zwischen Ge-

schafft und Partei enger geknüpft und nicht noch mehr gelockert werden dürfen, wie es durch den Bericht auf die Arbeitsruhe am Rat zweifellos geschehen würde.

Demgegenüber könnte die Leitung des Metallarbeiterverbandes mit vollem Recht auf den Bremserlaß des sozialdem. Vorstandes vom Frühjahr hinweisen, der in der Frage Maifeier zur äußersten Vorfrist mahnte und in den Reihen der Klassenbewußten Genossen nicht geringes Aufsehen erregte. Wie die Dinge sich nun weiter entwickeln werden, wird ja der Essener Parteitag zeigen. Jedenfalls lehrt die jüngste Auseinandersetzung, wie es mit der Einheitlichen Partei und Gewerkschaften bestellt ist, daß trotz des unheimlicher Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Partei und Gewerkschaften der prinzipielle Riß doch nicht so fest ist, als nicht, wo es sich um Fragen des praktischen Bedürfnisses handelt, die Gegensätze immer wieder hervortreten. Zugleich ist sich hier aber auch offenbaren müssen, welche Richtung innerhalb der Sozialdemokratie heute wieder überwiegt, ob abwägende vorsichtige Taktik der Gewerkschaftler oder der radikale Sinn der unverantwortlichen Politiker.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 31. Jahrgangbeitrag für die Zeit vom 28. Juli bis 3. Aug. 1907 eingezahlt ist.

Die Zahlstellen Lanterbach und Nadevornwald erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalauftrages von 5 Pfg.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche Redaktionsbesuch ein Bericht über den Stand der Bewegung zu senden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zutritt fort.

Zutritt ist fernzuhalten von

- Arbeitern aller Branchen nach Lippzpringe (Kutze & Schand).
- Arbeiter: Bottrop, Biersen (Geweils), Landsküt, Mühlhof (Kempf & Geiger).
- Arbeiter, Maschinisten und Plaharbeiter nach Neustadt, Hölzlebrud (Baden).
- Arbeiter nach Essen.
- Arbeiter nach Biersen (Geweils).

Lohnbewegung in Homburg a. Rh. Durch Verhandlungen gelang es hier bei der Firma Maas, die bisherige 1/2 stündige Arbeitszeit auf 10 Stunden zu verkürzen bei gleichbleibendem Tagesverdienste. Überstunden werden vorwiegend im Falle mit 10 Pfg. Zuschlag, Nacht- und Sonntagsarbeit dementsprechend höher bezahlt. Möchten sich endlich nun die heute noch zurückbleibenden, indifferenten Kollegen anschließen und sich der Organisation anschließen, damit allgemeine der Zehnstundentag eingeführt werden könnte.

Die Lohnbewegung der Schreiner in Straßburg i. Elß. Nach Abschluß eines Tarifvertrages beendet. Die Arbeitszeit für Möbelschreiner ist von 10 Stunden auf 9 1/2 herabgesetzt. Am Tage vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird täglich eine Stunde früher Feierabend gemacht, die aber nicht wird. Der Minimallohn für Möbelschreiner über 23 Jahre beträgt 42 Pfg. und für Arbeiter über 25 Jahre 45 Pfg. pro Stunde. 5% Lohnerhöhung auf den jetzt bestehenden Tagelohn wurde zugestanden. Für Arbeiter unter 23 Jahre ist die freie Vereinbarung angenommen worden. Alkoholische Getränke dürfen während der Arbeitszeit nicht getrunken werden. Die Hauschreiner müssen noch 10 Stunden arbeiten, für sie ist der Minimallohn von 22—25 Jahre 40 Pfg. und vom 1. April 1908 an 41 Pfg. pro Stunde. Der tägliche Stundenlohn wird um 2 Pfg. erhöht. Diejenigen über 23 Jahre erhalten 44 Pfg., vom 1. April 1908 an 45 Pfg. pro Stunde. Der jetzige Stundenlohn wird um 3 Pfg. erhöht. Selbständige Fraiser und Decoupeure bekommen einen Mindeststundenlohn von 50 Pfg., gelernte Maschinisten von solchen von 44 Pfg., ungelernete von 40 Pfg. — In Nummer 29 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird in Bezug auf den Tarif das Wort „erfolgreich“ angewandt. Aber Aufseher von Mitgliedern des „freien“ Verbandes lassen auf die große Mißstimmung schließen über die angeblich „erfolgreiche“ Lohnbewegung. Zumal ihnen von vornherein, wie sie oft angegeben, mit vielem Gerassel vorgeredet worden war, würden einen Kampf führen bis aufs Messer, um ihre Forderungen durchzubringen. Nun hat aber jedes Mitglied des „freien“ Verbandes die Sache anders gesehen, als man zuerst gesagt hatte; bei der letzten öffentlichen Versammlung hätte der Lokalbeamte eine Leichenpredigt gehalten, sagte „frei“ Organist. Nach allem zu schließen, was in den Versammlungen gelehrt wurde, hätte man annehmen können, diesmal geht nicht so ohne sie ab. Es wäre doch denkbar, man machte den Mitgliedern keine übertriebenen Forderungen und hindereinst kommt dann die Enttäuschung. „Freier“ Verband steht aber auch nichts anderes zur Verfügung, als wie zu rechnen mit den realen Verhältnissen. Kollege Bacher in der letzten öffentlichen Versammlung Bemerkung machte, es sei keine Genehmigung zum Streik wurde der Vorsitzende ganz wild und fiel über die Christen her. Sein ausgeprägter Jörn ließ erkennen, daß die Sache doch so sein mußte, wie es von Kollege Bacher gesagt worden war. Ganz auffallend beschäftigt sich der Schriftreiber der „Holzarbeiter-Zeitung“ zum größten Teil mit der Zahlstelle der Christlichen, die wohl klein, wie es scheint, ihm doch nicht ganz gleichgültig ist. Er gibt an, die Zahlstelle sei zur Hälfte aus Kirchenschweigern, Chor-

fängern, Pfarrhausförner usw. Die zwei Kollegen, von denen der eine dies, der andere jenes Amt neben dem Hauptberufe bekleidet, tun damit nichts Schändliches, sie mögen es ruhig behalten. Solange als diese Kollegen Mitglieder des „freien“ Verbandes waren, war man stolz auf dieselben, heute ist es nun anders. Dumme Jungen leisten sich schon eben solche Ausführungen, wie der Artikelschreiber es getan, wenn sie etwas sagen wollen, wissen aber nicht recht was. Wenn eine Zahlstelle mindestens 10—12 Jahre in einem Orte besteht und mit so viel Mitgliedern, wie es immer angegeben wird, dann kann und darf man sogar verlangen, daß sie etwas leistet, oder schon längst geleistet hat. In langem und breitem über die christlich organisierten herfallen, wenn diese ein wahres Wort sagen, das man im „freien“ Verbande nicht gerne hört, mit dem ist den Kollegen nicht geholfen.

Tarifabschluß in Konstanz. Die Lohnbewegung der Holzarbeiter ist nunmehr nach sechs wöchentlichem Kampfe beendet. In einer stattgefundenen Sitzung der Kommissionen der Unternehmer und Arbeiter wurde ein Vertrag vereinbart. Die Arbeitszeit wird ab 1. Okt. 1907 von 10 Stunden auf 9 1/2 Stunden festgesetzt unter Beibehaltung der bisher gezahlten Löhne für 10 Stunden, somit ein Verdienst-Ausfall nicht eintritt. Für Arbeiten außerhalb der Werkstätte wird ein Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde vergütet. Die Festsetzung eines Minimallohnes wurde nicht durchgeführt. Durchschnittslohn für einen tüchtigen Schreiner und Maschinisten beträgt pro Stunde mindestens 20 Pfg. Die bezahlten Löhne werden am 1. September 1908 und am 1. August 1909 um je 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Für Überstunden wird ein Lohnzuschlag von 25% gewährt und dürfen in einem Vierteljahre die gemachten Überstunden 25 nicht übersteigen. Kündigung findet gegenseitig nicht statt. Für Feiertags- und Nachtarbeit erfolgt ein Zuschlag von 50%. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine Kommission gebildet, die aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitern besteht. Der Vertrag hat Gültigkeit vom 1. Okt. 1907 bis 1. März 1910.

Wenn auch der Vertrag nicht ganz den Wünschen unserer Kollegen entspricht, so bedeutet derselbe doch nach verschiedenen Seiten hin einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Unter den obwaltenden Verhältnissen war kaum mehr zu erreichen; die Kollegen können sich dafür bei der Leitung des sozialdemokr. Verbandes bedanken. Denn wäre der Streik nicht schon erklärt gewesen, so hätten die Konstanz Holzarbeiter schließlich nochmals 12 Jahre wie vordem im Schlummerzustande der Starrsicht verharren können. Daß der einzige Hirsch-Dunker am Plage mit den Indifferenten Hand in Hand ging, entspricht sehr der gelben Taktik. Mit hartnäckiger verstockter Borniertheit haben sich einige Indifferenten bewegen gefühlt, den Kollegen in der Bewegung in den Rücken zu fallen. Sache der Kollegen ist es nun, Sorge dafür zu tragen, daß auch in Zukunft wir in der Lage sind, mit Nachdruck für die Interessen der Kollegen hier eintreten zu können, was nur dadurch geschehen kann, wenn unser Verband nach innen und außen gestärkt wird. Das musterhafte Verhalten der Kollegen am Plage hat im wesentlichen sehr dazu beigetragen, daß ein Erfolg zu verzeichnen ist. Das Erreichte muß für den Kollegen ein Ansporn sein, zu weiterer Agitationsarbeit für unsern Verband.

Erfolgreich beendete Aussperrung in Dinklage i. O. Nach achtmöndlicher Dauer wurde die von der Firma B. Holthaus, landwirtschaftliche Maschinenfabrik A.-G. ins Werk gesetzte Aussperrung beendet. Die Ursachen des Kampfes sind den Kollegen bekannt. Nachdem die beiden Vertreter des christlichen Metallarbeiter- und unseres Verbandes in Hamburg mit dem Sekretär des Arbeitgeberverbandes der Eisenindustrie Verhandlungen gehabt, wurde eine Grundlage geschaffen, auf der dann später in Dinklage die weiteren Verhandlungen mit der Firma gefördert werden konnten. Nach dreitägigen Verhandlungen wurde zunächst eine neue Arbeitsordnung durchberaten und in derselben Bestimmungen über die Grundlöhne bei Neueinstellenden getroffen. Ebenso wurde die Vergütung für Überstunden auf 20%, bei Nachtarbeiten auf 50%, sowie Entschädigung beim Warten auf Material und bei Festloß festgelegt. Da sehr wenig in Lohn gearbeitet wird, ist das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Akkordtarife für die einzelnen Berufsweige gelegt worden. Nach eingehender Beratung und unter Hinzuziehung der Meister der betreffenden Werkstättenabteilungen wurden die meisten Akkordsätze um 10—30% erhöht. Die Kollegen gaben zu den getroffenen Vereinbarungen ihre Zustimmung, jedoch die Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag den 26. Juli erfolgen konnte. Eine wichtige Lehre hat der Kampf sowohl für die Firma als auch für die beteiligten Arbeiter gezeitigt. Der Firma ist es nicht gelungen, die Arbeiterorganisationen durch irgend welche Maßnahme zu zerstören. Den beteiligten Arbeitern ist auf's Neue zum Bewußtsein gebracht, daß ohne starke Organisationen nicht die Erfolge erzielt wären.

Streikende in Lippzpringe. Nachdem bereits der größte Teil der streikenden Kollegen anderweitig Beschäftigung gefunden und andererseits die Firma Kutze und Jahrand (gestützt durch eine Anzahl Arbeitswillige, die den Herausgeber spielten) nicht zu bewegen war, in Verhandlungen zu treten, wurde nach 11-wöchentlicher Dauer der Streik abgebrochen. Da die Firma ebendrei noch dazu übergeht, in der „Lippzpringer-Zeitung“ die Arbeitererschaft zu verhöhnen und die Verbandsvertreter zu beleidigen, amstatt sich mit ihren Arbeitern zu einigen, bleibt über die Firma die Sperre verhängt. Zutritt ist demnach auch ferner streng fern zu halten, es müßte denn sein, es fänden sich Kollegen, die nicht nur unsonst arbeiten, sondern auch noch Geld müßbringen wollten. Denn auch den Arbeitswilligen bleibt die Firma mit der Lohnzahlung im Rückstande. Also Vorsicht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Frankfurt (Echt.) Um die christlichen Gewerkschaften weiter auszubreiten, hatten die Frankfurter Zahlstellen mit einer rührigen Agitation in Martha und Umgegend eingesetzt. So war

eine Arbeiterversammlung am 7. Juli in Martha einberufen, aber am Tage vorher wurde uns mitgeteilt, daß der Saal nicht zu haben sei. Es konnte denn auch die Versammlung nicht stattfinden. Eine Anzahl Arbeiter hatte sich trotzdem eingefunden, und obgleich auch das Lokal direkt belagert war von Beamten der Cellulosefabrik und sonstigen Arbeitgebern. Die Saalabtreibung ist ein Beweis für die hier herrschende soziale Rücksichtslosigkeit. Wir haben dann unter Gottes freiem Himmel 12 Mann aufgenommen. Am Sonnabend den 20. Juli hatten wir ein Lokal bekommen im nahen Biersdorf und fand daselbst eine gut besuchte Versammlung statt. Wir kommen hier immer mehr in die Gebiete der katholischen Fachabteilungen und es war auch Sekretär Straube aus Glas zugegen, welcher aber mit seinen Ausführungen nicht hindern konnte, daß sich eine Anzahl Arbeiter zum Beitritt der christlichen Gewerkschaften meldete. So ist's recht, ihr Arbeiter und Gesellen aller Berufe von Martha und Umgegend, hinein in die christlichen Berufsverbände. Die Saalabtreibung muß euch die Augen öffnen und zeigen, was die Arbeitgeber wollen. Sie wollen euch rechtlos halten, jede soziale Aufklärung verhindern und euer Koalitionsrecht illusorisch machen. Trotzdem: Holzarbeiter von Martha und Umgegend schließt euch zur Verbesserung eurer Lage zusammen und tretet ein in den Zentral-Verband christlicher Holzarbeiter. Einigkeit macht Kraft.

Berlin. Ueber „Wirtschaftliche Kämpfe einst und jetzt“ referierte in unserer letzten Mitgliederversammlung Kollege Weigelt. Die früher geführten wirtschaftlichen Kämpfe konnten niemals die Bedeutung der heutigen erlangen, da von einer Organisation derselben keine Rede sein konnte. Es ist auch kaum Aussicht vorhanden, daß die Kämpfe in baldige mildere oder weniger umfangreiche Formen annehmen. Mit dem Erstarken der Organisationen und deren innerer Festigung ergibt sich von selbst, daß die Kämpfe andere Formen und einen anderen Umfang annehmen müßten. Die christlichen Gewerkschaften tragen dieser Tatsache im weitgehendsten Maße Rechnung und können sich so rühmen, daß ihre Truppen zu den kampfstärksten und opferwilligsten gehören. Ohne dieses würden die christlichen Gewerkschaften nicht die Bedeutung in der heutigen Arbeiterbewegung einnehmen, die ihnen heute schon beizumessen ist. In der Diskussion sprachen auch einige „Genossen“. Sie hielten selbstverständlich das Vorhandensein christlicher Gewerkschaften für überflüssig und behaupteten, daß Pastoren und Kapitalisten die Gründer der letzteren seien. Obgleich schon sie aus der Geschichte der christlichen Gewerkschaften dieses als Unwahrheit hätten erkennen können und ihnen auch der fernere Verlauf der Diskussion das Gegenteil bewies, wagen wir nicht zu hoffen, daß die „Genossen“ den Tatsachen gerecht werden. Dazu sind sie eben schon viel zu verböhrt.

Dortmund. Wir stehen zur Zeit in der Periode der Organisationsgründungen. Jedoch nicht der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen, sondern der Gründung von Unternehmerrücktrittstruppen. Ueberall an allen Ecken bilden sich Hüttenvereine, Rationalvereine, Fachabteilungen Berliner Richtung und wie diese Zwitiergehalten alle heißen mögen. Zu welchem Zweck diese „Gesellschaften“ gebildet werden, kann ein jeder sich leicht denken, wenn wir uns die Häter dieser Gebilde betrachten. Fabrikdirektoren, Handwerksmeister, Reichsverband und wie sie alle heißen mögen arbeiten, einzeln und zusammen an der Schaffung von gelben Gewerkschaften. Wollen sie doch ein friedliches Verhältnis schaffen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wie dieses geschehen soll, sagt uns ein Bädermeister in der Industriestadt Dortmund. Selbiger erklärte wörtlich folgendes: „Wir geben unseren Gesellen Spiele, damit sie ihr Elend vergessen.“ Welcher Hohn liegt nicht in diesen Worten. Die alten Römer gaben ihren Sklaven auch an einigen Tagen des Jahres Spiele, damit sie ihr Elend über das ganze Jahr vergessen sollten. Unsere heutige Arbeitererschaft wird also mit den Sklaven der alten Römer auf eine Stufe gestellt. Doch halt, nicht ganz. Es fehlt die Mißserpeißige und diese wäre auch in heutiger Zeit noch gut angebracht bei den Dortmund „Fisch und Spätmischer“, „Menschen“. Für Klimbimvereine haben die Dortmund und auch viele andere Arbeiter Zeit genug über, aber um ihre Organisation sich zu bekommen, fällt ihnen sehr wenig ein. Kollegen es ist nicht genug damit, daß wir Mitglieder der Organisation sind, sondern das wir auch die Versammlungen besser wie bisher besuchen. Besonders die älteren Kollegen sollen mal wieder mehr erscheinen. Im Landbezirk ist es ja besser bestellt, als wie in der Stadt. Wo soll das hinführen! Also bessere Betätigung aller Kollegen, sonst werden auch wir nicht vor der Gründung von gelben Vereinigungen usw. geschützt bleiben. Diese besüßen hier gerade genug Projektoren.

Gieshain. In einer von den christlichen Gewerkschaften im großen Saal der Glenda einberufenen, vom Kollegen Buscher geleiteten und sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung hielt Kollege Reichstagsabgeordneter Behrens einen Vortrag über das Thema: „Sozialdemokratische, Hirsch-Dunkersche, oder christliche Gewerkschaften“. Der Redner verband es, mit seinen anregenden, begeisterten und überzeugenden Ausführungen, die Zuhörer von Anfang bis Ende zu fesseln und mit durchschlagendem Erfolg die Bedeutung und Notwendigkeit der Organisation der Arbeiter im allgemeinen, sowie insbesondere die notwendige Gründung von christlichen Gewerkschaften klar zu legen und zu beweisen. Von der weitaus größte Teil der Versammlung zustimmte, bewies der große Beifall. Von Segnern war eine größere Zahl Hirsch-Dunkers und wenige Sozialdemokraten erschienen. Die Sozialdemokraten hatten wohl hauptsächlich aus Vorsicht und Beforgnis um ihre Getreuen — eine Gegenversammlung eiligst einberufen, in welcher ihr Parteisekretär Genosse Leber — Jene einen Vortrag halten sollte über dasselbe Thema, welches Herr Behrens behandelte. Eine öffentliche Aussprache mit den christlichen wollte man absichtlich vermeiden; gewis ein Zeichen der Schwäche und des geringen Vertrauens zur eigenen Sache. Die ohnmächtige Wut und Beredsamkeit der Genossen kam auch in einigen Zwischenrufen zum Ausdruck. Zur Diskussion meldete sich kein einziger „Genosse“, dagegen gestaltete sich die Aussprache mit den Hirsch-Dunkern sehr lebhaft. Es war Kollegen Behrens ein Leichtsinn, alle gegenwärtigen Angriffe zu widerlegen. Erst nach Mitternacht wurde die Versammlung mit begeistert aufgenommenem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Holzarbeiter.

Zshnt i. O. Unsere Zahlstelle, welche Ende 1906 und auch noch zu Anfang dieses Jahres einen guten Zuwachs an Mitgliedern hatte, scheint leider jetzt wieder den Rückweg antreten zu wollen. Die Mehrzahl der Kollegen sind Fortarbeiter und gerade diese sind heute auf gutem Wege, dem Verbands unter zu werden. Die Gründe hierzu sind verschiedener Natur, nur ist keiner derartig, ein Verlassen des Verbandes zu rechtfertigen, sondern nur leere Aussprüche, um die wahre Stimmung zu verdecken. Die Hauptursache ist wohl Rücksichtslosigkeit und Mangel an Opferwilligkeit. Konnte man es doch gleich nach dem Eintritt in den Verband feststellen, daß dieselben nicht gewonnen waren, auf's willige u. d. neue Kollegen zu werden, sondern einfach lange Zeit

dem Verband beizutreten, weil eine Lohnbewegung in Aussicht war. Die Lohnbewegung, welche für einen vernünftig denkenden Kollegen ziemlich gut verlaufen ist, indem dieselbe doch ungefähr eine 10% Lohnerhöhung gebracht hat, wird nun in vielen Fällen als Vorwand gebraucht, sich verächtlich über den Verband hinwegzusetzen. Dem einen ist der Leiter bei der Bewegung nicht recht gewesen, dem andern wiederum seine Mitkollegen nicht; es würde zu weit führen, wollte man allen Koffl aufwärmen, der von solchen Kollegen zum besten gegeben wird. Man sollte nicht glauben, daß es hier in Lohn noch viele Arbeiter gebe, welche noch nicht erkannt hätten, wie notwendig es ist, daß wir uns organisieren. Leider ist es aber doch so, auf zwei Korkfabriken mit zusammen etwa 70 Mann ist die Organisation besonders schwach. Dieses Verhalten wirkt ebenfalls entmutigend auf die übrigen Korkarbeiter ein, weil es sich dieses Frühjahr zeigte, wie geschlossen die Arbeitgeber zusammenhielten, die Arbeiter dagegen nicht. Die Kollegen dagegen, welche den Wert der Organisation erkannt haben, werden unter allen Umständen den Verband hoch halten.

Drehler.

Schönlaue. Eine gewaltige Strömung unserer Zeit hat alle Stände erfasst und drängt zum Zusammenfluß, zur Organisation. Wir Drehler können und dürfen hierbei nicht zurückbleiben, denn der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist nicht nur zeitgemäß, sondern auch eine dringende Notwendigkeit. Gerade unser Beruf hat gegen manche Mißstände zu kämpfen. Erstens gegen die überaus lange Arbeitszeit und schlechten Löhne. Die überaus lange Arbeitszeit kann leicht zur Ueberproduktion führen. Dann sind Ausperrungen und Lohnabzug die Folgen. Um uns hier vor zu schützen ist, notwendig, daß wir uns zusammenschließen, denn einer allein steht dem Arbeitgeber machtlos gegenüber, nur die Gesamtheit kann hier Abhilfe schaffen. Zweitens ist unseren Kollegen ein alles ruinierender Konkurrent in den sich immer mehr verbreitenden Fassonbänken entstanden. Letzteren müssen wir mehr Aufmerksamkeit schenken. Sind es doch gerade die Fassonbänke, die unsern Beruf so niederdrücken. Es werden meistens nur ungelernete Arbeiter und Frauen an den Fassonbänken beschäftigt; diese gehen dann mit einem Wochenverdienst von 12 bis 14 Mk. nach Hause. Dadurch ist es dem Besitzer möglich, manche Waren für den Preis zu verkaufen, den ein Gelehrter sonst an Arbeitslohn per Stück bekommt. Berufskollegen an Euch ergeht nun der Ruf: organisiert Euch und schließt Euch unserm Verbande an. Es ist unsere Pflicht, einzutreten in die Reihen der organisierten christlichen Arbeiterschaft. Es ist unsere Pflicht mitzuarbeiten, um durch die Macht der Organisation, unsere wirtschaftliche Lage zu heben. Berufskollegen werft endlich die Intelligenzlosigkeit und Gleichgültigkeit ab und trete dem Zentralverband christlicher Holzarbeiter bei. Große und ernste Aufgaben haben wir heute zu erfüllen. Es gilt unser eigenes Wohl, das Wohl unserer Familie. Es gilt für die Zukunft, für eine feste, gesicherte Existenz zu sorgen. Deshalb weg mit dem alten Schlandrian! Hoch die Solidarität! Die Parole mag für jeden Kollegen lauten: Ich werde und bleibe ein eifriges, opferwilliges Mitglied des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Gewerkschaftliches.

Der Gewerbeverein der Schiffszimmerer, Schiffsbauer und verwandter Berufe (H.-V.) hielt am 19. Juli in Stettin-Bredow seinen 8. Delegiertentag ab. Der Gang der Beratungen war in den wichtigsten Punkten nach dem „Gewerbeverein“ folgender:

Um 9 Uhr vormittags wurde der Delegiertentag durch den Vorsitzenden des Generalrats eröffnet. Zur Prüfung der Mandate wurde eine Kommission von drei Delegierten gewählt. Berieten waren die fünf Ortsvereine Recklinghau, Gaarden, Pienitz, Graißwald und Bredow durch insgesamt 19 Delegierte. Als Vertreter des Generalrats war der Kollege Klein-Berlin zugegen, der die erschienenen Delegierten herzlich begrüßte.

Nach Berlegung der eingegangenen Glückwünsche wurde das Andenken an unseren verstorbenen Anwalt durch Erheben von den Plätzen geehrt.

In der Tagesordnung wurde zunächst der Kasienbericht für die letzten fünf Jahre erörtert und dem Kassierer Dehne erstattet. Der Hauptgeschäftsführer erstattete den Tätigkeitsbericht. Trotz der geringen Mittel, welche zur Ausführung der Agitation zur Verfügung standen, ist die Mitgliederzahl in der Berichtszeit von 188 auf 291, d. h. um 55% gestiegen.

Hierauf wurde in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten und zunächst die Aufnahme von Lehrlingen in die Ortsvereine beschlossen. Der Antrag, Berufskollegen aus anderen Organisationen im Gewerbeverein ohne Eintrittsgeld unter Anerkennung bereits erworbener Rechte aufzunehmen, wurde abgelehnt. Der Beitrag wurde von 10 auf 20 Pf. pro Woche erhöht. Als Entschädigung sollen erhalten der Vorsitzende 1%, der Schriftführer 2%, der Kassierer 3%, der Gewerkschafter.

Mit 13 gegen 4 Stimmen wurde die Berlegung des Statuts von Stettin-Bredow nach Kiel-Gaarden beschlossen.

Ein Antrag Gaarden auf Erhöhung der Entschädigung für den Hauptgeschäftsführer und Hauptkassierer wurde abgelehnt.

Die Resolution, in welcher den bisherigen Beamten und Mitgliedern des Generalrats herzlich Dank für ihre uneigennützig-tätige Tätigkeit, für die bewiesene Treue und hingebende Pflichterfüllung ausgesprochen wird, wurde einstimmig angenommen.

Die Diäten wurden auf 9 Mk. bzw. 12 Mk. festgesetzt. Nach Erlegung der Tagesordnung wurde vom Vertreter des Zentralrats eine begeisterte aufgenommene Ansprache an die Abgeordneten gehalten, worauf der Vorsitzende mit einem breifachen, stanzenden Hoch auf den Gewerbeverein der Schiffszimmerer die Generalversammlung schloß.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein — — — !

Striktilität der Berliner. Die Berliner Facharbeiter begnügen sich bekanntlich nicht damit, den Streik als „Aktion“ zu bezeichnen und damit die Arbeiter dem Scharfmacher als neugierige Zuschauer auszuliefern, sondern haben es auch noch bei einem Streik als Streikbroschürenverbreiten dem Unternehmer möglich zu machen. Dafür legten sie kürzlich wieder ein bräunliches Zeugnis ab. Auf der Schlegeler Grube und Nanderer Kohlen- und Tonwerke in Schöneberg hatte die Betriebsleitung 14 Bergleute wegen ihrer Streikbroschürenverbreiten gemeldet, weshalb etwa der Hälfte

der Belegschaften in den Streik trat. Die Berliner Facharbeiter begnügen sich nun nicht damit, daß sie sich nicht an dem Streik beteiligten, sondern sie organisierten auch einen gut funktionierenden Streikbrechernachweis, wie nachstehender Brief eines Berliner Arbeitersekretärs beweist:

„Glab, den 27. September 1906.
Mein lieber Freund!
Dein Wunsch kommt gerade zur richtigen Zeit. Wir haben nämlich gegenwärtig eine Lieferung von 100 Leuten an die Schlegeler Grube und in dieser Woche schon stramm gearbeitet. Zum Werben kann ich eine freie Kraft zur Verfügung stellen. Natürlich muß die Direktion die schriftliche Erklärung geben, daß sie für die Aufwendungen aufkommt. (1)
Die Direktion der „Neurober Kohlen- und Tonwerke hat es schon getan!
Du weißt also, wie die Sache steht und worum es sich handelt. Ich bitte um baldmöglichste Antwort.
Mit herzlichem Verbandsgruß
Dein Freund Straube.“

Besten Gruß an Herrn Steiger! — Aber! daß die Sache nicht vorher zu den Ohren der „Noten“ kommt.
Die werden ohnehin fluchen, wenn sie von unserer Streikbrecherarbeit hören. Ueber die Neurober Werke ist von den „Noten“ die Sperre verhängt.
Gruß. D D“

Folgender gedruckte Zettel war dem Schreiben beigelegt:
Junge kräftige Leute,
welche Lust haben, sich dem Bergmannsstande zu widmen, können sich heute Abend von — bis — Uhr bei der unterzeichneten Kommission im — — melden.
Die Kommission des Arbeitsnachweises der katholischen Arbeitervereine [Sitz Berlin].“

Die Berliner haben, wie man sieht, von dem Gelben in Frankreich gut gelernt, sie haben sie bereits in Arbeiterverräterei übertrumpft. Aber das ist der beste Weg, um den katholischen Arbeitern die Augen zu öffnen über die wahre Absicht der Leiter ihrer Vereine.

Soziale Rundschau.

Die Krankenversicherung im Jahre 1905. Das kürzlich erschienene zweite „Vierteljahrsheft zur Statistik des deutschen Reiches“ enthält hierüber folgende Angaben:

Im Jahre 1905 waren 23 127 reichsgehehlige Krankenkassen tätig, 66 weniger als im Vorjahre.

Die Anzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres beträgt 11 844 476, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 474 000. Das Wachstum trifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 299 000, auch die Betriebskrankenkassen nehmen mit 142 000 an dem Wachstum teil, ferner die Innungskrankenkassen mit 15 000, die Gemeindekrankenkassen mit 11 000 und die Eingetragenen Hilfskassen mit 5 000.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4 451 448 mit 88 082 296 Krankheitstagen; auf ein Mitglied kommen durchschnittlich 0,40 Erkrankungsfälle und 7,88 Krankheitstage, für die Krankengeld oder Krankenanstaltspflege gewährt wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Ersparnisse, sonstige Einnahmen abzüglich derer für die Invalidenversicherung) betragen 266 912 673 Mk., darunter Beiträge (einschließlich Zusatzbeiträge) und Eintrittsgelder 250 351 868 Mk.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Ersparnisse, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) beliefen sich auf 253 885 378 Mk., darunter Krankheitskosten 232 243 836 Mk., welche sich verteilen auf:
ärztliche Behandlung 53 113 187 Mk.
Arznei und sonstige Heilmittel 34 634 237 „
Krankenpfleger 102 816 975 „
Schwangere und Wöchnerinnen 4 578 893 „
Sterbegelder 6 850 639 „
Anstaltsverpflegungen 30 585 404 „
Fürsorge für Retenvalenzenten 164 601 „
auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20 76 Mk. Krankheitskosten.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betragen 14 167 326 Mk., auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 1,95, bei den Innungskrankenkassen 2,27 und bei den Eingetragenen Hilfskassen 2,31; bei den Betriebs- und Baukrankenkassen werden sie fast ganz von dem Betriebsunternehmer, in der Gemeindekrankenkassenversicherung ganz von der Gemeinde getragen; bei allen Kassen überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten auf ein Mitglied daher nur auf 1,27 Mark durchschnittlich.

Das Gesamtvermögen betrug 202,9 Millionen Mark (im Vorjahr 190,9), wovon auf die Ortskrankenkassen 91,8 (im Vorjahr 84,7), die Betriebskrankenkassen 87,4 (im Vorjahr 83,8) und die eingetragenen Hilfskassen 16,8 (im Vorjahr 16,3) Millionen Mark entfielen.

Genossenschaften im deutschen Reich im Jahre 1905. Nach der kürzlich erschienenen Genossenschaftsstatistik für das deutsche Reich betrug die Zahl der eingetragenen Genossenschaften im Jahre 1905 23 559 mit insgesamt 3 592 208 Mitglieder. Auf die einzelnen Arten der Genossenschaften entfallen:

Arten der Genossenschaften	Genossenschaften	Mitglieder
Arbeitsgenossenschaften	14 493	1 987 344
Arbeitsgenossenschaften [Unternehmer und Arbeiter]	209	20 306
Verbrauchsgenossenschaften, gewerbliche	106	8 742
Verbrauchsgenossenschaften, gewerbliche	524	24 697
Verbrauchsgenossenschaften, landwirtschaftliche	3 418	270 144
Verbrauchsgenossenschaften, landwirtschaftliche	2 164	162 306
Konsumgenossenschaften	2 531	1 102 092
Genossenschaften	114	16 577

Aus Arbeitgebertreffen.

Taktische Rücksichten verlangt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ in bezug auf die in der deutschen Arbeiterbewegung bestehenden Strömungen. „Als Arbeitgeber, so schreibt genannte Blatt“, werden wir erklärlicherweise von vorn der Koalition der Arbeiter zum Zweck unaufhörlicher Schraubung der Arbeitsbedingungen mit Hilfe gewerkschaftlicher Arbeitsniederlegung usw. grundsätzlich lehnen und gegenüberstehen müssen. Wenn es uns sonst an und für sich ziemlich gleich sein kann, von welcher die gegen uns gerichteten Angriffe dabei ausgehen, so wir dennoch aus rein praktischen Rücksichten genötigt, demal obwaltenden, und von uns nicht mehr zu korrigierten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt in vernunftgemäßer Rechnung zu tragen, indem wir uns unsere Gegner geradeaus ansehen, welche Motive für ihr Verhalten eigentlich maßgebend sind.“ Es wird dann in Erwägung gezogen, daß die „freien“ Gewerkschaften die eigentliche Gruppe um die Beseitigung der bestehenden Staats- und schaftsbewegung seien. Ein gleiches von der christlichen gewerkschaftsbewegung behaupten, hieße die Sachlage verkennen. Selbst wenn diese mit ihrer Vertretung Arbeiterinteressen zu weit gingen, so lägen in diesem Beginn noch keine unflüchtliche Tendenzen. Es wäre für die Unternehmer verfehlt, würden sie diese Unterscheidung nicht beachten und alle Arbeiterorganisationen in einen merfen. Solches hieße die eigene Position schwächen und des Gegners stärken. In der Zeit der gewerkschaftlichen Neubildungen wie der gelben und vaterländischen Bewegungen müßte das Bestreben der Arbeitgeber dahin gehen die nichtsozialdemokratischen Organisationen, trotz der gegenseitigen Bekämpfung einander näher zu bringen, weil das in erster Linie eine Schwächung der sozialdemokratischen werkschaften erzielt würde. Das Unternehmernorgan dann fort:

„Denn zum letzten Ende muß dem Unternehmertum doch mehr daran gelegen sein, die Zahl seiner Gegner zu vermindern als sie zu vergrößern. Und da es durchaus nicht ersichtlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokratie geinteten „gelben“ und „christlichen“ Gewerkschaften sich Gaudium der Sozialdemokratie gegenständig das Leben schwer machen sollen, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen, indem man sie mit and Raß nicht als die sozialdemokratischen. Jedenfalls ist es aus taktischen Gründen nicht richtig, in der gegenwärtigen beginnender gewerkschaftlicher Neubildungen vom Schlage der Organisationen die Pflicht zu sorgfältiger Berücksichtigung der Arbeiterbewegung obwaltenden Unterschiede außer acht zu lassen.“

Wir wollen mit dem unferseits Befagten vielmehr nur tun, daß es uns in Ansehung der für die christliche und sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Betracht kommenden Unterschieden besser erschein, die Gegner zu teilen als sie einen. Und dies um so mehr, als im Lager des Unternehmertums der Solidaritätsgedanke gefährdet werden könnte, wenn nicht durch die Bildung der gelben Verbände seitens der Gruppennehmer in eine Ausnahmestellung gedrängten mittleren und kleinen Unternehmern mit der Zeit in irgend einer Form ein Äquivalent geboten wird. Dieses Äquivalent aber kann nach Lage der Dingen nur in einer Besserung des Verhältnisses zwischen jenen den christlichen Gewerkschaften bestehen.“

Jedenfalls wird es ein müßiges Beginnen der Arbeitgeber sein, die gelben Gewerkschaften den christlichen zu bringen. Die beiderseitige Ablehnung der soz. Züge, denn doch nicht ein solch starkes Moment, das über die bestehenden Gegensätze hinweghilft. Ebenso groß der Gegensatz zwischen christl. und soz. Gewerkschaften, ist derselbe zwischen christlichen und den Gelben: Hier eine selbstbewußte und auf ihre Rechte pochende Arbeiterschaft — dort eine die ihre persönliche Freiheit unter den Willen des Arbeitgebers stellt und anstatt auf Rechte pochend, auf Wohlthaten harret.“

Die Ausführungen der „Arbeitgeber-Zeitung“ sind so interessanter, als man bisher in jenen Kreisen die entgegengesetzte Taktik befolgt hat. Man stand hier ziemlich allgäu auf dem Standpunkte, daß die Christlichen schlimmer wie die Noten und wo man es in Scharfmachertreffen durchführen konnte, da hat man ohne die Christlichen, den weniger gefährlichen Noten geklingelt. Diese Taktik nicht von ungefähr gekommen. Man munkelt sogar, daß Scharfmacher den Beschluß gefaßt haben, nur mit den gestimmungsverwandten „freien“ Gewerkschaften in Zukunft paktieren. Und nun plötzlich diese Schwentung. Zweck ist möglich: Entweder geht die „Arbeiter-Zeitung“ dahinaus, die öffentliche Meinung über die prinzipielle Stellung der Arbeitgeber-Verbände zu den christlichen Gewerkschaften zu führen, um deren Vertrauen nicht ganz zu verlieren oder aber und das dünkt uns das Wahrscheinlichere, sie sieht ein, daß Beschlüsse, die nicht mit den herrschenden Verhältnissen, hier die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im deutschen Wirtschaftsleben rechnen, nicht aufrecht zu halten sind. Das „In-Verbindung-bringen“ der christlichen mit den gelben Gewerkschaften ist eben ein Zeichen dafür, daß man sich beim Rückzuge mit seinen Wölfen nicht verwill. Wie es aber auch sein mag: In Zukunft rechnen Scharfmacher gezwungenerweise mehr mit den christlichen Gewerkschaften, wie die letzteren mit den taktischen Ermächtigungen der Arbeitgeberorgane. Dafür sind die christlichen Gewerkschaften stark geworden.

Briefkasten.

E. in D. Rein; ein Bericht über die dortige Lohnbewegung und ihre erfolgreiche Beendigung ist uns nicht zugegangen.

Tüchtige Bau- und Möbelschreiner

gesucht.
Näheres durch die Ortsverwaltung der Zahlstelle 2000

Verantwortl. Redakteur: Carl Jansen. Köln.
Druck von Heinrich Heising, Köln.